

BUCHBESPRECHUNGEN

- Foucault, Michel: *Die Macht der Psychiatrie*.
(Michael Ruoff).....227
- Murley, John A. (Hg.): *Leo Strauss and His Legacy. A Bibliography*.
(Till Kinzel).....228
- Patzelt, Werner J.: *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung*.
(Manfred Mols)230
- Bouveret, Mathias: *Die Stellung des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Diskussion und Staatsrechtslehre von 1848 bis 1918*.
(Daniel Hildebrand)232
- Janowski, Cordula Agnes: *Die nationalen Parlamente und ihre Europa-Gremien – Legitimationsgarant der EU?*
(Ralph Alexander Lorz).....233
- Bergem, Wolfgang, *Identitätsformationen in Deutschland*.
(Christian Schwaabe).....235
- Nolte, Paul: *Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*.
(Volker Kronenberg)236
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 2*.
(Armin Pfahls-Traugbber)238
- Neu, Viola: *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*.
(Harald Bergsdorf).....239

Michel FOUCAULT: Die Macht der Psychiatrie. Hg. v. Jaques Lagrange. Übers. v. Claudia Brede-Konersman u. Jürgen Schröder. Frankfurt/M. 2005, Suhrkamp-Verlag, 593 S., gebunden, 36 EUR.

Foucaults »Flug über das Kuckucksnest« der Psychiatrie besitzt bekanntlich eine ungewollt provozierende Seite: Wer den Psychiatern des 20. Jahrhunderts nachwies, dass ihre Einrichtungen aus den Leprosorien des Mittelalters entstanden waren, konnte nicht nur mit freundlichen Kommentaren rechnen. Dabei sollte Wahnsinn und Gesellschaft (1961) keine Geschichte der Psychiatrie sein, sondern die sozial bedingten Formen des Ausschlusses des Wahnsinns in der Aufklärung (17. und 18. Jhd.) hinterfragen. Am Ende befreien Pinel in Frankreich und Tuke in England die Irren aus den Kerkern, in denen sie nicht selten wie in Schweinekoben gehalten worden waren.

Die Macht der Psychiatrie, eine Vorlesung, die 1973 und 1974 am Collège de France gehalten wurde, greift das Thema von Wahnsinn und Gesellschaft für das 19. Jahrhundert unter veränderten Vorzeichen wieder auf. Die politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer Auseinandersetzung mit dem Thema Psychiatrie hatten sich zu diesem Zeitpunkt verändert und Foucault vollzieht nach der Archäologie des Wissens die erste große Umorientierung seines Werkes, die eine neue Machttheorie begründen wird.

Die Frage nach der Macht der Psychiatrie zu stellen, lag für die französischen Intellektuellen der siebziger Jahre vor allem aus politischen Gründen nahe. Die Erfahrungen mit der sowjetischen Praxis der Abschiebung von Dissidenten in die Psychiatrie hatte mehrfach zu Protesten geführt und die antipsychiatrische Bewegung fand in den Reihen der Ärzte verstärkte Unterstützung. Es ist die Zeit, in der sich David Cooper, Ronald Laing und Franco Basaglia, beginnend in den sechziger Jahren, für eine Öffnung der Psychiatrie einsetzen. In den antipsychiatrischen Kreisen war Wahnsinn und

Gesellschaft bereits sehr positiv aufgenommen worden. Die Vorlesung über die Macht der Psychiatrie schließt hier eine geschichtliche Lücke, indem sie die Zustände und Behandlungsmethoden in den Anstalten des 19. Jahrhunderts beschreibt, die mit den Hysterikerinnen Charcots in der Salpêtrière zu einem unrühmlichen Ende kommen. Die politische Brisanz liegt dabei in der Tatsache begründet, dass es sich um die Vorbedingungen eines Umgangs mit psychisch Kranken handelt, die fast notgedrungen in die Forderungen der antipsychiatrischen Bewegung einmünden mussten.

Methodisch stellt Die Macht der Psychiatrie bereits alle wichtigen Elemente der Machttheorie bereit. Die psychiatrische Anstalt erscheint als Machtdispositiv, das Instrumentarium der Raumaufteilung und die Zeiteinteilung zeichnen sich in der Anstaltsordnung ab. All dies verwundert wenig, denn Foucault schreibt während dieser Vorlesung bereits an Überwachen und Strafen (1975). Wie weit die charakteristischen Züge der foucaultschen Machttheorie hier bereits entwickelt sind, zeigt die folgende Stelle in aller Deutlichkeit, wenn die Macht ohne Subjekt Erwähnung findet: »[...] denn in der Anstalt ist die Macht, wie überall, niemals das, was von jemandem ausgeht. Die Macht gehört weder jemand noch übrigens einer Gruppe« (S. 17).

Die Behandlungsmethoden des 19. Jahrhunderts erweisen sich nun als der offensichtlichere Irrsinn als die abweichenden Verhaltensweisen vieler vermeintlich Irrer. Um 1840 gleicht die Anstalt einem Drogenparadies, das mit Opiaten, Äther, Chloroform, Laudanum, Opiumtinktur, Haschisch und Amylnitrit experimentiert (S. 338, 403f). An psychophysischen Zwangsmitteln, die gerne auch als notwendige Bestrafungen zur Anwendung kommen, gibt es die Zwangsjacke, die wiederholte kalte Dusche, die Kauterisierung (Das Brennen von Kopfhaut und Nacken mit einem glühenden Eisen) (S. 236) und den Drehstuhl (Der Patient wird an einen Stuhl gefesselt und anschließend in einer mechanischen Einrichtung schnell gedreht.) Innerhalb des Machtdispositivs der Anstalt dienen diese »Heilverfahren« nicht der Verbesserung der Befindlichkeit des Kranken, sondern sie ge-

hören zum Wissen des Psychiaters, das den Wahnsinn als Objekt regelrecht produziert. Die anmaßende Bezeichnung der »Produktion« muss hierbei im Kontext der Bedingungen gesehen werden. Beispielsweise ist der Lehrer Freuds, Jean Marie Charcot, fest von der Existenz der Krankheit Hysterie überzeugt. Es kommt in der Salpêtrière zu den berühmt berüchtigten Vorführungen von Hysterikerinnen. Unter dem Hypnoseeinfluss Charcots reproduzieren die teilweise unter Drogen gesetzten Patientinnen, die in Einzelfällen bis zu fünfunddreißig Jahre in der Anstalt verbleiben, die gewünschten Symptome. Der Hysteriker ist generell ein Patiententyp, der bereitwillig Symptome einer Krankheit zeigt, die er nicht haben kann, weil es sie nicht gibt. So wird er zum Wegbereiter jener Antipsychiatrie, indem er die Illusion durch sein Spiel so überhöht, dass letztlich ein ganzes Wissensgebäude in sich zusammenbrechen muss (S. 366). Was am Ende dieser Produktionsgeschichte der Psychiatrie erscheinen wird, ist nicht der prognostizierte hysterische Körper, sondern der sexuelle Körper.

Die Macht des Wissens kann sich in einer Wahrheit zelebrieren, deren Kriterien es selbst erfindet. Das Macht-Wissen, so die Folgerungen der Antipsychiatrie, ist nicht für die Wahrheit des Wahnsinns geeignet, und die kritisch-aktuelle Frage besteht darin, welche Form an seine Stelle treten kann und soll. Die Macht der Psychiatrie ist ein soziologisches und wissenschaftstheoretisches Meisterstück, das einen reichhaltigen Werkzeugsatz für die Analyse von Institutionen beinhaltet.

Michael Ruoff

John A. MURLEY (Hg.): *Leo Strauss and His Legacy. A Bibliography*. Lanham 2005. Lexington Books, 935 S., Paperback, 95 US-\$.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass eine Bibliographie zum Werk von Leo Strauss und seiner Schule für die politikwissenschaftliche Forschung und die Auseinandersetzung mit dem philosophischen Projekt von Strauss höchst nützlich ist. Der amerikanische Politologe John Murley (Ro-

chester Institute of Technology) hat nun dazu in jahrelanger Arbeit eine sehr umfassende Sammlung zusammengetragen.

Worin nun bestehen Stärken und Schwächen dieser Arbeit? Eine Stärke ist sicherlich, dass für jeden Kenner der Materie deutlich erkennbar ein breites Spektrum von Arbeiten aufgenommen wurde, die keinem einzelnen Forscher mehr alle bekannt sein können. Wer sich für die Ausdifferenzierung der Strauss-Schule in viele Einzelbereiche der Politikwissenschaft interessiert, wird hier zweifellos fündig werden und zahlreiche Anregungen bekommen. Allerdings bietet die vorliegende Bibliographie auch einen Anschauungsunterricht für die Tatsache, dass die Erstellung einer solchen Übersicht wohlgedacht sein sollte und nicht ad hoc ausgedachten Prinzipien folgen kann.

Der Hauptteil der Bibliographie erfasst zunächst die Werke von Strauss selbst, doch ist diese Liste sehr unübersichtlich, weil hier in buntem Durcheinander Erstveröffentlichungen und Übersetzungen angeführt werden, so dass man sich nur schwer einen Überblick verschaffen kann, was denn nun die von Strauss selbst veröffentlichten Werke sind. Eine Trennung in zwei Abschnitte wäre hier dringend anzuraten. Die Unübersichtlichkeit resultiert zudem aus der unglücklichen Entscheidung, die Titel in umgekehrt chronologischer Auflistung anzuführen. Der jüngste Titel bekommt die Nr. 1, so dass bei jeder Ergänzung der Bibliographie durch Neuerscheinungen entweder die Numerierung ganz verändert oder auf unbeholfene Weise ergänzt werden muss. Außerdem stößt man so auf eine kroatische Übersetzung von *On Tyranny* lange bevor man die Originalausgabe findet (die indes, wie sich dann herausstellt, in der Liste völlig fehlt!). Immerhin ist es Murley hier z. B. mit Nr. 161 gelungen, kleine Ergänzungen zu bisherigen Bibliographien zu bringen, doch fehlt andererseits die Rezension von Samuel Mintz' Buch *The Hunting of Leviathan*, die Strauss 1965 in *Modern Philology* publizierte – was sich den Gesamtelten Schriften 3 von Strauss hätte entnehmen lassen.)

Der zweite Teil der Bibliographie enthält die Werke zahlreicher Schüler von Strauss

bzw. von Gelehrten, die sich mit seinem Werk im weitesten Sinne auseinandergesetzt haben. Hier ist das Kriterium für die Aufnahme nicht immer klar – beispielsweise wäre es sicher nützlich gewesen, die »echten« Strauss-Schüler, die bei diesem studiert hatten, etwa durch Asterisk oder eine einleitende Bemerkung zu identifizieren. Eher zweifelhaft ist jedenfalls die Praxis, sämtliche Artikel aus der straussianischen Zeitschrift *Interpretation* aufzuführen, worunter z. B. eine Übersetzung von Dorothy Sayers Aufsatz über Aristoteles und die Kriminalalliteratur fällt.

Dadurch dass der Bibliographie ein Index der Begriffe und Namen beigelegt ist, lassen sich zumindest diejenigen Arbeiten zu einem Thema finden, die im Titel diesen Bezug erkennen lassen (einige wichtige Namen vermisst man in diesem Index indes, etwa Franz Rosenzweig), besitzt man eine gute Ausgangsbasis für weitere Recherchen, wenn man den Verweisen folgt. Allerdings hat auch dieser Index seine Tücken, da er rein mechanisch erstellt worden ist, also nur diejenigen Begriffe und Namen erfasst, die in den Buch- oder Aufsatztiteln selbst enthalten sind. Dies aber ist unbefriedigend, denn so findet man z. B. unter »Lessing« keinen Hinweis auf den Aufsatz Arkushs über Nathan den Weisen, weil der Name Lessing im Aufsatztitel nicht erscheint. Damit aber ist der Nutzen des Index fraglich, wenn zentrale Texte über diesen eben nicht gefunden werden können, sondern nur zufällig ins Auge fallen oder weil man sie schon kennt.

Die Fülle der Belege in unterschiedlichen Sprachen führte leider zu einer erheblichen Zahl von Druckfehlern, die sich durch einfaches Korrekturlesen hätten beheben lassen. Auch springen falsche Zuschreibungen in die Augen (so findet sich Harald Bluhms Habilitationsschrift *Die Ordnung der Ordnung* fälschlich unter Kinzel angeführt) und mehrere der von Murley angeführten Bücher sind nie erschienen (so z. B. Burger Nr. 1, Platt Nr. 1 und 2). So sind in den deutschen Titeln oftmals haarsträubende Fehler zu finden, und das sogar bei den Texten von Leo Strauss selbst, wobei zudem mehrere Ausgaben angeführt werden, die bisher nicht erschienen sind, was bei manchem Be-

nutzer für einige Verwirrung führen sorgen dürfte. Eine Bibliographie sollte aber auch für denjenigen gedacht sein, der nicht schon Bescheid weiß und also durch solche Fehlangaben auf eine fruchtlose Literatursuche geschickt wird. Sieht man von der willkürlichen Umsetzung der Schreibung von Umlauten (Muller statt Müller, Vorläufer statt Vorläufer, mal Lowith, mal Löwith etc. pp.) einmal ab, so sind vor allem die sinnentstellenden Lesarten nicht-englischer Titel problematisch (französisch, hebräisch, arabisch). Hier wäre Präzision nötig, um den Forschern auf der Suche nach einem Titel nicht zusätzlich Rätsel aufzugeben. Die Krux des Bibliographen ist dabei zum einen die Autopsie, die sich zwar praktisch nicht hundertprozentig durchführen lässt, aber doch vor manchem Irrtum bewahren könnte. Hilfreich wäre es aber auch, die Titel wenigstens einmal von jemandem durchsehen zu lassen, der die in Frage stehende Sprache beherrscht – so ließen sich ohne übermäßig großen Aufwand die größten Entstellungen sicher vermeiden.

Gut gemeint schließlich, wenn auch von geringem Nutzen ist die Aufnahme sogar etlicher Leserbriefe in die Bibliographie der Werke des Strauss-Schülers George Anastaplo; hier hätte eine restriktivere Editionspraxis gutgetan. Immerhin finden sich hier einige wenige Überlegungen über die Problematik von Leserbriefen, die bekanntlich starken editorischen Eingriffen unterliegen. Gerade das aber lässt es zweifelhaft erscheinen, ob man solche Texte hier überhaupt erfassen sollte, zumal sie i. d. R. nicht in das Feld akademischer Veröffentlichungen fallen.

(Diese Liste ist ein Sonderposten des vorliegenden Buches, wird sie doch getrennt von den übrigen am Schluss angeführt.) So bleibt am Schluss ein sehr zwiespältiges Urteil: eine gründlich überarbeitete und revidierte Fassung täte not.

Till Kinzel

Werner J. PATZELT: *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung*. 5. Aufl. Passau 2005. Wissenschaftsverlag Richard Rothe, 556 S., kartoniert, 29,80 EUR.

Patzelts »Einführung« gehört seit ihrem Ersterscheinen im Jahre 1992 zu den herausragenden Präsentationen einer modernen Politikwissenschaft. Das Anliegen ist anspruchsvoll geblieben. Das Buch soll ein Grundriß des Faches sein und zugleich den Studierenden eine Gesamtorientierung bieten. Es gehe, wie Patzelt im Vorwort zur 3. Auflage geschrieben hatte, in diesem Lehrbuch »um die systematische Darstellung des politikwissenschaftlich Fundamentalen«.

In insgesamt 5, in sich wieder breit untergliederten Kapiteln wird die Politikwissenschaft als Fach, in ihrer Geschichte und in ihren Aufgaben vorgestellt (1), werden die wissenschaftstheoretischen Grundlagen abgehandelt (2), wird auf Methoden und Formen politikwissenschaftlicher Forschung eingegangen (3) und geht es um die gängig gewordenen Teildisziplinen (4). Das gerade für Studenten äußerst nützliche Schlusskapitel 5 bringt praktische Ratschläge für Studium, Berufsplanung und den Erwerb fachspezifischer Kompetenz. Ein Glossar und einige »Brücken« zum Erwerb größerer Sicherheit in der Examensvorbereitung schließen ein Buch ab, das auch ich mir als Student der Politikwissenschaft gewünscht hätte (hier spiele ich auf das Vorwort zur 4. Auflage der Patzeltischen »Einführung« an).

Patzelts Tugend besteht darin, schwierige Sachverhalte erkenntnis- und auch wissenschaftstheoretischer Natur in einer absolut klaren Sprache für den Leser nachvollziehbar zu machen. Durch die explizite und auch inhärente Systematik seiner Darstellung kann man der Argumentation fast immer gut folgen. Von besonderem Rang sind die breite wissenschaftstheoretische und methodisch-methodologische Seite der Darstellung und die Verbindung zu grundsätzlichen soziologischen und kommunikationstheoretischen Fragestellungen.

Ungefähr hier fangen allerdings auch Einseitigkeiten an. Patzelt stellt die Politikwissenschaft recht unerschrocken als eine Disziplin vor, der es um »empirisch wie logisch wahre Aussagen« geht und steigert diesen Anspruch noch dadurch, daß er die These vertritt, inzwischen sei eine analytisch argumentierende Politikwissenschaft herangereift, »die sich ihrer Fragestellung, ihres Gegenstandes und ihrer Methoden völlig sicher

sei.« Dies trifft eindeutig nicht zu! In dem Bestreben, auch in der Politikwissenschaft den Boden des Empirischen und der modernen Wissenschaftslogik nicht zu verlassen und damit das leidige »Mitteilungsproblem« in den Griff zu bekommen, greift Patzelt ein Anliegen auf, das schon von Arnold Brecht vor zweieinhalb Generationen diskutiert wurde und das letztlich in eine scientistisch idealisierte Forschungslandschaft passt, ein Anliegen, das aber nicht das ganze Erscheinungsbild des Faches fasst. In diesem Sinne fällt Patzelt hinter Gabriel A. Almonds kluger Altersbilanz »A Discipline Divided. Schools and Sects in Political Science« (Newbury Park u.a.: Sage Publications 1990) zurück. Das Fach ist in sich selbst – man möchte sagen: »Gott sei Dank!« keine Einheitswissenschaft geworden, sondern bewegt sich weiterhin in der nicht aufgelösten Spannung zwischen »science« und »politics«, »art« und »science«. Patzelt sieht durchaus alternative und ursprüngliche Strömungen politikwissenschaftlichen Denkens und diskutiert sie auch, läßt sie aber in eine Fusionsvision aufgehen, in der »science« als das »aufhebende« Element im Sinne Hegels dominiert. Es bleibt zuzugeben, daß man Patzelt Einwände dieser Art nur bedingt entgegenhalten kann, denn dem Fach fehlt bis heute eine befriedigende hermeneutische Epistemologie. Dies trotz Gadamer, der nie wirklich gelungen in die Anliegen und Grenzen und Möglichkeiten der Sozialwissenschaften übersetzt wurde – und der übrigens in dem umfangreichen Literaturverzeichnis von Patzelt nicht genannt wird.

Ich möchte in meiner Kritik noch einen Schritt weitergehen: Nicht zum Ausdruck kommt die erreichte Internationalität des Faches Politikwissenschaft und die Impulse und Leistungen, die es aus Indien und Singapur, aus Malaysia und Mexiko, aus Chile und Brasilien usw. aufnehmen könnte – wenn man dies denn hier im Westen zur Kenntnis nähme! Die Politikwissenschaft wie übrigens auch die übrigen Sozialwissenschaften argumentieren ohnehin kulturhermeneutisch eingebundener, als dies von Patzelt gesehen bzw. »zugelassen« wird. Es macht dann keinen Sinn mehr, mit einer Typologie politischer Systeme aufzuwarten, die hier in Europa in ganz anderer Zeit und

unter ganz anderen Rahmenbedingungen entwickelt wurde und die heute weltweit als unzutreffend angesehen werden muß. Vielleicht sollte Patzelt den »area studies« und den von ihnen ausgehenden Impulsen doch etwas mehr Aufmerksamkeit schenken für die weitere Überarbeitung seines Textes in Richtung einer 6. Auflage.

Die angedeutete Kritik soll den Rang der »Einführung« von Patzelt nicht unbotmäßig herabsetzen. Sie bietet eine verständliche und in sich schlüssig aufgebaute Perspektive des Faches, die einen Teil seiner Substanz transparenter abdeckt als vieles andere, was zum Thema Politikwissenschaft in unseren Buchregalen geistert. Zwei weitere Dinge sollte man ihm allerdings für die nächste Auflage vorschlagen. Erstens haben wir uns alle davor zu hüten, Politikwissenschaft zu einer Text- und Datenwissenschaft zu reduzieren, was nie ohne einengende Fesseln auch für die konkrete empirische Arbeit bleiben kann. Zweitens muß Politikwissenschaft nicht nur exklusive Reduktion auf Fakten und Strategie der Entideologisierung bleiben, sondern hat immer einen guten Schuß Utopie bereitzustellen, weil wir Politologen die Diskussion der guten Ordnung menschlichen Zusammenlebens auf den binensystemischen wie den internationalen Ebenen nicht den Interpreten eines allgemeinen Lagetrends überlassen können, die Gestaltung mit Akzeptanz und schlichter Deskription verwechseln (das in Politik wie Wissenschaft oft anzutreffende Gerede um Globalisierung läßt grüßen!). Und noch ein Letztes: Die deutschen Verlage, eben auch das Passauer Haus Richard Rothe, sollten endlich einmal begreifen, dass zu in sich differenzierten und seriösen Büchern wie das von Werner Patzelt vorgelegte ein solides Personen – und Sachregister gehört. Fehlt so etwas, greifen wir lieber zur einschlägigen angelsächsischen Literatur.

Zusammengefaßt: Patzelt hat in der von ihm gewählten Perspektive eine ausgezeichnete »Einführung« vorgelegt. Die Perspektive deckt jedoch nicht die inzwischen erreichte Breite und Pluralität des Faches ab. Eine Fusion sehe ich nicht – selbst nicht auf lange Sicht.

Manfred Mols

Mathias BOUVERET: Die Stellung des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Diskussion und Staatsrechtslehre von 1848 bis 1918. Rechtshistorische Reihe 272, Frankfurt am Main 2003. Verlag Peter Lang, 456 S., brosch., 74,50 EUR.

Konstitutionalismus als spezifisches Phänomen deutscher Geschichte stellt den prägenden Zusammenhang dar, innerhalb dessen Mathias Bouveret die Stellung des Staatsoberhauptes in Preußen und Deutschland in der Zeit von 1848-1918 untersucht. Deren Geschichte ist eine Geschichte von Konkurrenz und Kooperation zwischen Monarch und Parlament, aber auch zwischen föderalen Gliedstaaten und deutschem Zentralstaat. Zunächst ist jedoch eine unangenehme Rezensentenpflicht zu erfüllen: Es ist darauf hinzuweisen, dass die formalen Schwächen dieser gedanklich herausragenden Arbeit einfach zu auffallend sind, um sie nonchalant zu übergehen: Orthographische (z. B. »Gegenpohl«, S. 70) und syntaktische Fehler sowie Numerusfehler sind übermäßig gehäuft.

Die Würzburger Dissertation nimmt ihren Ausgang mit dem Verfassungsentwurf der 17 Vertrauensmänner im Jahre 1848. Der Kaiser als Oberhaupt eines vereinigten deutschen Staates stellte darin ein Novum dar, das nicht an die Tradition des Alten Reiches mit derjenigen Selbstverständlichkeit anzuschließen vermochte, die es beanspruchte. Der 1815 gegründete Deutsche Bund genoss zwar ebenfalls auswärtige Kompetenzen, blieb aber als Staatenbund Arena des Preußisch-Österreichischen Dualismus. Ausgelöst durch den Sturz des französischen Königs Louis-Philippe setzte der Bundesausschuss 1848 besagtes siebzehnköpfiges Gremium ein, um eine Verfassung zu erarbeiten: Verfassung sollte hierbei jedoch lediglich Instrument der Selbstbeschränkung des Monarchen sein, dessen Herrschaftslegitimation »*deo gratia*« blieb. Der neuen »Volksfreiheit« sollte durch die einmalige Wahl einer Erbmonarchie Rechnung getragen werden. Die auch in der Bevölkerung anerkannte Begründung der Erbllichkeit bestand in der hierdurch ermöglichten Stetigkeit. Da der Monarch nicht gezwungen werden konnte, einen Gesetzgebungsbefehl

zu erlassen, behielt er faktisch gleichen Anteil an der Gesetzgebung wie das Parlament – eine Konstellation, die bis 1918 letztlich nicht überwunden werden sollte. Neu war freilich, dass er Oberhaupt eines Zentralstaates mit Militärmonopol sein sollte, wenngleich auf einen »föderativen Unterbau« (S. 36) nicht verzichtet werden sollte. Das künftig chronische »Konfliktfeld« zwischen monarchischem und parlamentarischem Souverän als Folge eines »großen Harmoniebedürfnisses« (S. 43) zu erklären, ist freilich höchst fragwürdig. Handelt es sich auch bei dieser Regelungsoffenheit nicht eher um einen dilatorischen Kompromiss?

Für das Verständnis jenes Dualismus, das sich sodann in der Paulskirchenverfassung erstmals konkretisierte, ist entscheidend, dass die Konservativen die »geschichtliche Erfahrung« als Bewertungskriterium staatsrechtlich zu formulierender Institutionen erachteten, während die Liberalen dem Recht mehr Eigenmacht zubilligten. Volkssouveränität gehe, wie Christoph Dahlmann feststellte, nicht in der Souveränität des Herrschers als solcher auf, sondern legitimiere sich nur als Souveränität zum Wohle des Volkes. Für die Linke hingegen lag der Staatszweck allein in der »Befreiung des einzelnen« (S. 92).

Das Scheitern der Paulskirche und ihrer Verfassung habe in den 1850er Jahren zu einer Verwissenschaftlichung der Staatsrechtslehre geführt. Als eines der prominentesten Merkmale dieser Entwicklung, die tatsächlich Anpassung an die herrschenden politischen Verhältnisse der Reaktionszeit war, hebt der Verfasser hervor, dass nach 1848 die Konzeption der Gewaltenteilung, wie sie die Paulskirchenverfassung vorsah, verworfen wurde. Bouveret zeigt durchgehend souveränes und treffsicheres historisches Urteilsvermögen: Die politische Funktion des bekannten Artikel 105 der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848, der ein Notverordnungsrecht der Krone vorsah, mahnt der Autor, nicht über zu bewerten. Er warnt, diese Norm gar als »pseudo-legal abgeschirmte[n] Staatsstreichvorbehalt« anzusehen. Damit wird der Rechtswissenschaftler einmal mehr seinem Anspruch gerecht, Geschichte nicht als

zwingende Teleologie, sondern als multivalente Offenheit wahrzunehmen. Selbst Bismarck habe im Preußischen Verfassungskonflikt niemals die Verfassung dauerhaft ausschalten wollen. Umgekehrt habe für die Liberalen Steuerverweigerung durch das Parlament Hochverrat dargestellt. Es weist nicht nur die politische Urteilsfähigkeit des Autors aus, sondern auch seine sachliche Werturteilsfreiheit, wenn er die reichlich artifiziell wirkenden Bemühungen Ernst-Rudolf Hubers zurückweist, Bismarcks Standpunkt im Verfassungskonflikt als juristisch legal zu rechtfertigen: Huber versuche, so Bouveret, juristisch zu lösen, was Bismarck selbst politisch löste. Im Gegensatz zu Bismarcks politisch-taktischer Legitimation seien es gerade die Liberalen gewesen, die verfassungsinterpretatorisch argumentierten. Da Huber somit auch den Kompromisscharakter der Verfassung in Frage stelle, werde schließlich die von ihm postulierte Eigenständigkeit des deutschen Konstitutionalismus als Verfassungstyp fraglich. Denn Hubers Standpunkt definiere eine monarchische Vorrangstellung.

Im neuen Reich von 1871 habe sich der überkommene Konstitutionalismus erhalten können, da die Einheit der Nation den Liberalen nicht nur eines ihrer beiden historischen Ziele erfüllte. Vielmehr habe ihnen der Nationalstaat die Voraussetzung gegeben, ihr anderes historisches Ziel, nämlich die Freiheit, zu verwirklichen. Für Bismarck blieben freilich dynastisch fundierte Interessen preußischer Machtpolitik leitend. Vor allem die Einführung des Sozialstaates wirkte systemstabilisierend und dürfte von Bismarck maßgeblich in dieser Absicht vorangetrieben worden sein. Legitimiert wurden Nationalstaat und Kaisertum als Endpunkte historischer Entwicklung. Kennzeichnend blieb für den deutschen Konstitutionalismus als eines Dualismus von Staatsoberhaupt und Parlament Zeit seines Bestehens, ihn nicht als Rückständigkeit zu begreifen, sondern gegenüber den parlamentarischen Demokratien der Angelsachsen als eigenständige Spielart moderner Staatlichkeit zu erachten. Leider wird nicht erörtert, inwieweit dieses Selbstverständnis zutreffend ist. Die fehlende Schlussbetrachtung wäre hierfür der geeignete Ort gewesen.

Das Werk Mathias Bouverets dürfte längerfristig die Erforschung des Deutschen Kaiserreiches in Bewegung bringen. Der eigentliche Erkenntnisbeitrag dieses Buches liegt jedoch darin, das Scheitern der Weimarer Republik und die Ursachen zweimaliger exogener Implantation von Demokratie in Deutschland besser zu verstehen. Die uns heute selbstverständlich erscheinende Verfassungsform der Bundesrepublik Deutschland resultiert eben nicht aus endogener Entstehung, sondern aus exogener Initiierung.

Daniel Hildebrand

Cordula Agnes JANOWSKI: Die nationalen Parlamente und ihre Europa-Gremien – Legitimationsgarant der EU? Baden-Baden 2005. Nomos Verlagsgesellschaft, 474 S., gebunden, 69 EUR.

Die Entwicklung der Europäischen Union und ihrer Gemeinschaften ist in vielfacher Hinsicht einzigartig und bemerkenswert. Zu ihren zahlreichen Denkwürdigkeiten gehört eine Beobachtung, die auf den ersten Blick ihren eigenen Traditionen ebenso wie der institutionellen Logik ins Gesicht zu schlagen scheint: die Bereitwilligkeit oder vielleicht auch Gleichgültigkeit, mit der die Parlamente ihrer Mitgliedstaaten jahrzehntelang der eigenen Entmachtung zugesehen haben. Die Europäischen Gemeinschaften begannen ihre Existenz im Prinzip als reine Exekutivveranstaltung: mit einer machtlosen »Versammlung« auf europäischer Ebene und nationalen Parlamenten, die sich entweder aus Unkenntnis oder im Interesse eines scheinbar höheren Ziels auf eine Zaungastrolche beschränkten. Die Überreste dieses Ursprungs sind in der institutionellen Architektur der Europäischen Union noch heute deutlich zu erkennen.

Spätestens mit dem Vertrag von Maastricht hat sich dieses Bild allerdings gewandelt. Die zunehmende Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene hat das Bedürfnis nach einer direkteren Rückkopplung der europäischen Entscheidungsträger an die sie legitimierenden Völker wesentlich erhöht. Als Reaktion darauf hat sich

nicht nur das Europäische Parlament weitgehende Mitentscheidungsrechte erkämpfen können, sondern auch die nationalen Parlamente sind zum großen Teil aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht und versuchen die europäischen Entscheidungsprozesse stärker zu beeinflussen. Speziell in Deutschland erscheint dies außerdem als eine verfassungsrechtliche Notwendigkeit. Denn in seiner Entscheidung zum Maastrichter Vertrag hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, das Europäische Parlament sei in Ermangelung wahrhaft supranationaler gesellschaftlicher und politischer Strukturen nur begrenzt in der Lage, die demokratische Legitimation der Europäischen Union zu gewährleisten; die nationalen Parlamente müßten daher »zuvörderst« Legitimationsgaranten der EU und ihrer Maßnahmen bleiben.

Wie aber können nationale Parlamente ihren Einfluß in Europa besser geltend machen? Dies kann in aller Regel nur über eine Einflußnahme auf die eigene Regierung und ihr Abstimmungsverhalten im Ministerrat erfolgen. Das parlamentarische Plenum ist jedoch durchweg zu schwerfällig, um einen derartigen Einfluß effektiv ausüben zu können. Aus diesem Grund rücken die inzwischen von fast allen nationalen Parlamenten eingesetzten »Europa-Gremien« – typischerweise besondere Ausschüsse – in den Mittelpunkt des Interesses. Die tatsächliche Arbeit dieser Gremien, ihre Ausstattung und ihre Wirksamkeit sowie die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen für ihre Stellung als »Legitimationsgaranten« der EU sind aber erstaunlicherweise bisher kaum umfassend untersucht worden. Die Dissertation von Janowski, 2004 an der Universität Bonn unter der Betreuung von Gerd Langguth entstanden und in der Schriftenreihe des dortigen Zentrums für Europäische Integrationsforschung publiziert, schließt hier eine wesentliche Forschungslücke und präsentiert ebenso fruchtbare wie überraschende Erkenntnisse.

Das gilt schon für die beiden einleitenden Kapitel, in denen die Verfasserin die Problemstellung erläutert und den aktuellen Forschungsstand nachzeichnet. Wie es sich für eine gute politikwissenschaftliche Recherche gehört – als in empirischen Forschungen wenig bewanderter Jurist ist man für solche Datensammlungen besonders

dankbar –, belegt sie im einzelnen den ungeheuren Umfang, den die europäische Rechtsetzungstätigkeit mittlerweile gewonnen hat, den damit einhergehenden Kompetenzverlust der nationalen Parlamente, der sich vor allem aus der statistisch feststellbaren Vorliebe der europäischen Organe für den Erlaß von Verordnungen ergibt, und die ebenfalls daraus resultierende Flut von Vorlagen, die die nationalen Parlamente aus Brüssel erreichen (S. 46 ff.). Man bekommt so schon einen sehr guten Eindruck von der Herkulesarbeit, der sich die Europa-Gremien dieser Parlamente gegenübersehen.

Das Herzstück der Arbeit bildet aber zweifellos die vergleichende Betrachtung aller Europa-Gremien der alten 15 Mitgliedstaaten, die sich in dieser Form in der Literatur noch nirgends findet (S. 69 ff.). Janowski beginnt verständlicherweise mit dem EU-Ausschuß des Deutschen Bundestages, jedoch nicht primär wegen ihrer eigenen Herkunft bzw. ihrem Forschungsort, sondern vor allem deswegen, weil dieser Ausschuß das institutionell am besten verankerte Gremium verkörpert und weil das Beharren auf einer dualen Legitimationsstruktur der Union unter vorrangiger Einbeziehung der nationalen Parlamente – nicht zuletzt aufgrund der entsprechenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – eine deutsche Spezialität darstellt. Von der deutschen Situation ausgehend werden für alle mitgliedstaatlichen Parlamente gleichermaßen Institutionalisierung, Struktur, Verfahren und Rechtsinstrumente der Europa-Gremien, aber auch ihre Sitzungshäufigkeit sowie Zahl und Auswirkungen ihrer Beschlüsse untersucht. Dabei ergeben sich höchst interessante Aufschlüsse, die die Verfasserin dankenswerterweise typisierend zusammenfaßt: So sind die Europa-Gremien in Deutschland und Österreich zwar am stärksten rechtlich abgesichert, die größte faktische Einflußnahme läßt sich jedoch ungeachtet ihrer formal schwachen Stellung für die Gremien der skandinavischen Staaten konstatieren – weshalb Janowski auch dafür plädiert, die Verfahrensweise des dänischen Folketing zum Vorbild zu nehmen –, während sich die Parlamente der Benelux-Staaten bewußt zurückhalten, um dem Europäischen Parlament keine Konkurrenz zu machen, und die

Parlamente der Mittelmeerländer von vornherein kaum europapolitisches Kontrollinteresse zeigen. Mit Frankreich und Großbritannien (an dessen Tradition sich Irland noch anlehnt) stellen schließlich ausgerechnet die beiden neben Deutschland größten und einflußreichsten Mitgliedstaaten aufgrund ihrer speziellen verfassungsrechtlichen Situation Sonderfälle dar, die sich in allgemein relativ geringen Einflußmöglichkeiten der nationalen Parlamente auf die Regierungspolitik niederschlagen.

Insgesamt zeichnet Janowski ein ernüchterndes Bild. Von den 15 untersuchten nationalen Parlamenten verfügen überhaupt nur fünf über eine hinreichende Basis für effektive europapolitische Mitwirkung. Und auch diese bestehen den von ihr durchgeführten Praxistest (S. 192 ff.) nur sehr begrenzt; so kann sie etwa für den EU-Ausschuß des Bundestages nachweisen, daß er die Europapolitik der Bundesregierung bisher mit keinem seiner Beschlüsse tatsächlich beeinflusst hat. Janowski zieht daraus eine sich fast schon aufdrängende Konsequenz – die aber auch nur auf der Basis ihrer Untersuchung möglich wird, was ein ganz wesentliches Ergebnis ihrer Arbeit ausmacht: sie stellt das gerade in Deutschland herrschende Dogma von der dualen Legitimationsbasis der Europäischen Union grundsätzlich in Frage. Denn wenn die nationalen Parlamente die ihnen zugeordnete Kontroll- und Legitimationsfunktion faktisch gar nicht erfüllen können, bricht die darauf aufgebaute zweite Säule der demokratischen Legitimation der Union in sich zusammen, was zwangsläufig die Frage nach möglichen Alternativen heraufbeschwört. Janowski beantwortet diese Frage am Schluß ihrer Arbeit (S. 233 ff.) mit einer »präsidentiellen Demokratisierungsstrategie« und fordert die Direktwahl des Kommissionspräsidenten durch die Unionsbürger. Über den praktischen Nutzen dieser Strategie mag man nun trefflich streiten; das bleibende Verdienst ihrer Arbeit liegt jedoch darin, die Grenzen des derzeit gängigen dualen Legitimationsmodells klar aufgezeigt und damit die Frage nach der demokratischen Legitimation Europas neu gestellt zu haben.

Ralph Alexander Lorz

Wolfgang BERGEM: *Identitätsformationen in Deutschland*. Wiesbaden 2005. VS-Verlag, 390 S., brosch., 42,90 EUR.

Wer den berühmten Pudding an die Wand nageln will, steht vor einem Problem – und hat zwei Möglichkeiten: Er kann den Pudding fallen lassen und sich anderen Gegenständen zuwenden; er kann aber auch den Hammer zur Seite legen und nach geeigneteren Werkzeugen suchen. Die zweite Option ist vor allem dann erwägenswert, wenn der Gegenstand zwar widerspenstig, aber gleichwohl bedeutsam ist. Nicht alles, was schwer messbar ist, ist deswegen schon irrelevant.

Ebenso verhält es sich mit dem Gegenstand kollektiver Identität, der im Zentrum der jüngsten Abhandlung von Wolfgang Bergem steht. Die Politikwissenschaft sollte sich angesichts der Relevanz dieses Themas – bei aller gebotenen methodologischen Vorsicht – nicht schrecken lassen. Auch sollte man, so Bergem ganz zu recht, manch voreiligen Abschied vom Konzept der nur scheinbar dekonstruierten oder postnational veralteten Identität nicht für bare Münze nehmen: »der zweifellos stets führbare Nachweis der Konstruktivität einer sozialen Tatsache enthebt diese nicht ihrer Faktizität«. Mehr noch ziele Identität »auf das genuin Politische«, wie Bergem in Anlehnung an Cassirer und Bourdieu betont: »Der kulturelle Prozess der Bildung gesellschaftlicher Identität ist Gegenstand des politischen Konflikts um Deutungsmacht und Legitimation politischer Akteure oder politischer Ordnungen.« Damit sind u.a. jene politisch-kulturellen Voraussetzungen der Stabilität politischer Systeme benannt, deren Bedeutung ja auch die empirische Demokratieforschung bestätigt.

Das Thema Identität läßt sich also nicht more geometrico vermessen, es kann nicht allein mit Hilfe der empirischen Umfrageforschung erfaßt werden. Bergem stützt sich daher auf interpretative, historisch-genetische und hermeneutische Ansätze. Den weiteren Rahmen seiner Untersuchung bilden Begriff und Konzept der Kultur. In drei großen Abschnitten werden die »Kulturalisierung« und die »Politisierung« von Identität systematisch rekonstruiert: die Zusammen-

hänge von Integration, Identität und Disjunktion, von narrativer und diskursiver Identität, von Konstruktion und Essenz, wie auch die Entstehungskontexte und Rahmenbedingungen kollektiver Identität. Bergem arbeitet sehr schön heraus, dass und warum politische Identitäten »nicht in einem semiotischen Vakuum« entstehen und welche Bedeutung den ihren kulturellen Ausdrucksformen bzw. Manifestationen in Diskursen, symbolischer Politik und Architektur zukommt. Ebenso wird gezeigt, dass man sich personale wie auch kollektive Identitäten in liberal-demokratisch verfassten politischen Systemen moderner Gesellschaften tatsächlich nur mehr als »plurale, prozesshafte und entsprechend offene Gebilde«, nicht mehr aber als monolithische Fiktionen vergangener Tage vorstellen darf.

Bergems Studie bietet dabei beides: eine systematische Einführung und konzeptionelle Diskussion der Thematik Identität wie auch eine Analyse der genuin deutschen Identitätsformationen. Das ist der große Vorzug dieser Untersuchung, führt freilich an manchen Stellen auch zu gewissen Längen: Die teilweise recht ausführlichen ideengeschichtlichen Exkurse dürften nicht jeden Leser gleichermaßen interessieren (so etwa die breite Darstellung der Schmitt-Rezeption in Frankreich und den USA). Informativ und gut lesbar sind auch diese Abschnitte gleichwohl.

Wie hat man sich nun also die »deutschen Identitätsformationen« vorzustellen? Gestützt auf seine systematischen Vorarbeiten kann Bergem das Geflecht multipler Identitätsbezüge zwischen Nation, Region und Europa herausarbeiten. Er konstatiert eine Relativierung nationaler Identitätsbezüge und ein unpathetisches Verhältnis der meisten Deutschen zu ihrem Kollektiv. Gleichzeitig relativiert er mit guten Argumenten einseitig »postnationale« oder ausschließlich »verfassungspatriotische« Ansätze. Ebenso kann er zeigen, warum die Deutschen auf eine »Leitkultur« getrost verzichten können. An solchen Stellen findet sich eine angenehme Mischung aus nüchternem Realismus und ausgewogenem Urteil. Interessant sind auch die Überlegungen zu den deutsch-deutschen Identitäts- und Mentalitätsunterschieden, wie sie nach 1990 sicht-

bar wurden. Dennoch sieht Bergem in Ostalgie und Westalgie keine Gefahren für die innere Einheit – u.a. weil Identitäten heute ohnehin nur noch multipel zu verstehen seien (wie systematisch gezeigt wurde). Ethnische Homogenität oder verwandte holistische Kollektivprinzipien brauche die deutsche Demokratie nicht. Viel wichtiger seine »normative Integration«, Inklusion und Teilhabe. Mit Blick auf das wiedervereinigte Deutschland spricht Bergem von einer »stillen Transformation der Bundesrepublik«. Dies ist zugleich die leitende These des sehr lesenswerten Buches: Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik habe nicht bloß eine territoriale Erweiterung gebracht hat, sondern eine veränderte, eine »Berliner Republik«. »Berlin ist nicht Bonn«, so Bergem in Anlehnung an Ullrich Allemann Urteil aus den 50er Jahren, das ja lautete: »Bonn ist nicht Weimar«. Anlass zur Sorge sei dies aber nicht.

Christian Schwaabe

Paul NOLTE: *Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*. München 2006. C. H. Beck Verlag, 312 S., gebunden, 19,90 EUR.

Dass der vorliegende, neue Band aus der Feder des Zeithistorikers und Gegenwarts-Diagnostikers Paul Nolte an seinem Vorgänger, dem viel beachteten und hoch gelobten Band *Generation Reform* anknüpft, verwundert kaum. In klarer, unmissverständlicher Sprache, mit provozierendem Desinteresse an politischer »Korrektheit« und mit offenkundiger Lust an unkonventionellen Reformvorschlägen für eine »blockierte« Republik namens Deutschland machte sich Nolte, Jahrgang 1963, vor nunmehr zwei Jahren einen Namen als Vordenker eben jener *Generation Reform*, die anstelle der allmählich grau gewordenen Achtundsechziger-Generation praktische wie intellektuelle Verantwortung für das »Modell Deutschland« zu übernehmen haben.

Wie soll, wie kann Deutschland zu einer neu-bürgerlichen Gesellschaft reformiert werden und welche Rolle mag dabei das Konzept einer »Verantwortungsgesell-

schaft« jenseits »fürsorglicher Vernachlässigung« tradierter Sozialstaatlichkeit spielen? Eben diese Frage, die Nolte bereits 2004 ins Zentrum seines Nachdenkens stellte, dominiert nun erneut seine Reflexion der deutschen Gesellschaft im Zeitalter der riskanten Moderne. Die Begriffe wurden ausgetauscht – Risikogesellschaft (à la Beck)/ »Risikovermeidungsgesellschaft« –, die historischen wie geographisch-kulturellen Bezüge in den drei großen Kapiteln ein wenig weiter gespannt, ansonsten dient auch der vorliegende Band als Plädoyer für eine Bürgergesellschaft reformierten Typs, für eine »Investive Gesellschaft«, wie Nolte sie nunmehr bezeichnet: »Eine ‚Investive Gesellschaft‘, das ist eine Gesellschaft, die in bürgerlicher Selbstverantwortung ebenso wie in gemeinschaftlicher Solidarität ihre Ressourcen mobilisiert, ob es sich um materielle oder soziale oder moralische Ressourcen handelt; eine Gesellschaft, die Vorleistungen erbringt, um später die eigenen Chancen, die Chancen anderer und die Chancen einer größeren Gesamtheit zu vermehren und nachhaltig zu sichern.«

Angesichts der drängenden ökonomischen, sozialen, demographischen und kulturellen Herausforderungen, denen sich die Bundesrepublik nun seit Jahrzehnten konfrontiert sieht, ohne dass sich die Politik bislang zu wirklich weitreichenden Reformen durchzuringen vermochte, ist Noltes Plädoyer im Sinne einer unmittelbaren akademischen Politik-Beratung – und Noltes Rat, so hört man, wird ja von den politischen Verantwortlichen gesucht und gehört – ebenso wichtig wie richtig.

Mehr Subsidiarität, mehr Eigenverantwortung des Bürgers und Entlastung des Staates, mehr Mut zu freiheitlichem Handeln der einzelnen statt eines »Rückzugs in die private Nischengesellschaft, in die warme Höhle der eigenen Sekurität«, die ihrerseits doch nur vordergründigen Schutz vor den Herausforderungen der riskanten Moderne, sprich Globalisierung, bietet, nicht zuletzt auch ein Mehr an politischer Partizipation der Bürger – eben jene Koordinaten eines neuen Republikanismus, die der Autor in insgesamt 19 Einzelbeiträgen akkumuliert und in einem zentralen Beitrag über »Patriotismus als Selbstverbesserung. Grundlagen

eines neuen Republikanismus« komprimiert präsentiert, weisen unzweifelhaft in die richtige, letztlich alternativlose Richtung.

Insofern muss die massive, zum Teil maßlose Kritik, mit der Noltes neues Buch nun von unterschiedlicher Seite überzogen wird, verwundern. Denn nur zwei Jahre zuvor wurde Noltes inhaltlich gleich gelagertem Frontalangriff auf die »Risikovermeidungsgesellschaft« Bundesrepublik stürmisch applaudiert, wurden seine Therapievorschläge in ein geradezu genialisches Licht getaucht, so dass derjenige, der auch nur zögernd darauf hinwies, dass manches von dem, was Nolte ebenso spitzzngig wie griffig formulierte, keineswegs so originell war, wie es schien, als Neider galt. Sind es nun also all jene Neider, die Nolte seinen in vergleichsweise jungen Jahren rasanten Aufstieg zu einem omnipräsenten Medien-Star und Ordinarius an der FU Berlin verübeln, welche über die Riskante Moderne und seinen Autor herfallen?

Die Antwort auf diese Frage verweist auf das Grunddilemma des Buches: Es enthält im Grunde inhaltlich nichts Neues, nichts, was über das, wofür der Autor seit Jahren Anerkennung erfährt, hinausgeht. Die Riskante Moderne ist eine Kompilation von Altbekanntem, das jedoch – und das überraschte auch den Rezensenten – im Gewande des Neuen präsentiert wird (auch wenn die Drucknachweise selbstverständlich detailliert angegeben werden). Der Glanz des Originellen fehlt dem Buch ganz.

Der Inhalt, die Diagnose, die Wegweisungen, all das, was Nolte nun präsentiert, ist, es sei noch einmal betont, bedenkenswert – aber bereits bekannt und insofern enttäuschend. Dass der Band von Verlagsseite geradezu als neues intellektuelles Manifest, als Weißbuch einer neuen Bürgerlichkeit präsentiert wird, macht ihn nicht besser. Im Gegenteil. Nolte hätte wissen müssen, dass er damit angreifbar wird für Kritik, die bei manchem derzeit jedoch weit über das rechte Maß hinausgeht. Apropos »rechts«: In zwei Beiträgen des Bandes prüft der Autor »rechte« und »linke« Optionen konservativer bzw. sozialdemokratischer Neu-Positionierung im Zeitalter der riskanten Moderne und skizziert dabei einige wesentliche, programmatisch-erfolgsversprechende Eck-

punkte für die Volksparteien zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Was in diesem Zusammenhang an Vorschlägen für die CDU präsentiert wird – z. B. im Bereich der Gesellschaftspolitik eine modifizierte Fortsetzung des rot-grünen Projektes –, mag immerhin Aufschluss darüber zu geben, ob Nolte denn nun tatsächlich als der lang ersehnte konservativer Vordenker gelten kann.

Er kann es dann, wenn Konservatismus heute vor allem eines heißt: an der Spitze der Reformbewegung des Gemeinwesens zu stehen. Ein Konservatismus light, ein windschnittiges, mittiges Profil, das Nolte der Union nahe legt, allenfalls in Nuancen zu unterscheiden von liberaler oder sozialdemokratischer, selbst grüner Programmatik. Freiheit – ja, Werte wie Religion oder Nation – ein, moralischer Erziehungsauftrag des Staates – auf keinen Fall.

Wem das nicht reicht, wer von der Anziehungskraft weltanschaulicher Prägnanz nach wie vor überzeugt und das fortschreitende »outsourcing« der Staatsaufgaben als politischen Holzweg begreift, der mag vom Autor über die Illusionen des »Rumpelstilzchen-Syndroms« aufgeklärt werden. Auch diese sind uns bereits vertraut. Aus Noltens letztem Buch.

Volker Kronenberg

Wilhelm HEITMEYER (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt/M. 2003. Suhrkamp-Verlag, 322 S., brosch., 10 EUR.

Wie steht es um die Verbreitung »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« (GMF) in der Bundesrepublik Deutschland? Dieser Frage stellten sich auch 2003 die Autoren des von Wilhelm Heitmeyer herausgegebenen zweiten Bandes Deutsche Zustände, der durch die jährliche Befragung von 3.000 Personen Auskunft über den »klimatischen« Zustand der Gesellschaft geben soll. Die 25 Beiträge des Bandes liefern sowohl Daten von und Interpretationen zu der Umfrage, journalistische Beiträge mit Fallbeispielen zu einzelnen Diskriminierungen und Gewalttaten und essayistischen Reflexionen zu damit verbundenen Themenkomplexen. Allgemein geht es jeweils darum, die Ab-

wertung oder Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit zu thematisieren. Hierzu werden Antisemitismus, Etabliertenvorrechte, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie, Islamphobie, Sexismus und Rassismus als Ausdrucksformen einer Einstellung von Ungleichwertigkeit gezählt.

Die Aufsätze thematisieren zunächst auf Basis der Umfrage Zusammenhänge von Demokratieentleerung, die Bedeutung von Konformität und Tradition, den Stellenwert von formaler Bildung, das Ausmaß von Islamphobie, Verbreitungsformen von Sexismus und die Bedeutung des Meinungsklimas. Die darauf folgenden Fallstudien gehen auf unterschiedliche Vorkommnisse von Antisemitismus, Behindertendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Sexismus ein. Und schließlich widmen sich weitere Aufsätze der Situation von Flüchtlingen in der Abschiebehaft, der Balance zwischen Islamkritik und Islamphobie oder der Frage nach dem Verständnis von gesellschaftlicher Normalität. Als allgemeines Zwischenfazit hält Heitmeyer fest: »Abnehmende soziale Integrationsqualität geht mit einer Zunahme bei verschiedenen Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und einer Ausbreitung des rechtspopulistischen Potentials einher, das am ehesten gegen schwache, als belastend oder störend wahrgenommene Gruppen mobilisiert werden kann« (S. 29).

Das Urteil über den Band fällt ambivalent aus: Einerseits ist eine regelmäßige Umfrage über die Verbreitung von Einstellungen im Sinne einer »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« zu begrüßen, lassen sich so doch regelmäßig Entwicklungen und Trends auch in vergleichender Betrachtung erfassen. Darüber hinaus bietet die kritische Untersuchung der Bedeutung einzelner Aspekte und Einflussfaktoren eine Reihe wichtiger Erkenntnisse, die mitunter auch bisherige Auffassungen korrigieren. Dies gilt in diesem Fall etwa für die Ausführungen über die Bedeutung von hoher formaler Bildung, die nur in Kombination mit »empathischen und kognitiven Fähigkeiten auf die Reduzierung des Ausmaßes Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« (S. 92) wirkt. Außerdem liefern die Beiträge zum eher geringen Aus-

maß von Islamphobie und die Thesen zum Spannungsverhältnis von Islamkritik und Islamphobie wichtige Anstöße und Informationen.

Andererseits muss die Verwendung der Einstellungsstatements bei der Umfrage kritisiert werden, messen sie doch keineswegs notwendigerweise auch das tatsächlich Gemeinte. Eine Zustimmung zu der Aussage »Es leben zu viele Ausländer in Deutschland« muss nicht notwendigerweise mit einer fremdenfeindlichen Grundeinstellung verbunden sein. Auch die Aussage »Ich hätte Probleme, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Moslems leben« misst nicht zwingend eine islamphobe Einstellung, kann die damit verbundene Einstellung doch auch auf eine Ablehnung entsprechender Wohngegenden zurückzuführen sein. Auf solche Probleme weisen auch vereinzelt Autoren hin (vgl. z.B., S. 104), es findet sich sogar die Einschätzung: »Je nach Interesse kann aus den Umfrageergebnissen eine Islamphobie oder aber das Gegenteil herausgelesen werden« (S. 267). Damit gibt es aber erhebliche Zweifel bezüglich der angemessenen quantitativen Erfassung von Einstellungen im Sinne einer »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«.

Armin Pfahl-Traughber

Viola NEU: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus. Baden-Baden 2004, Nomos Verlagsgesellschaft, 289 S., kart., 35 Euro.

Bei der vorletzten Bundestagswahl erlitt die PDS eine herbe Niederlage: Sie scheiterte sowohl an der 5%-Hürde als auch der Direktmandatsklausel. Doch wie die jüngsten Wahlen gezeigt haben, kam mancher Nekrolog auf die PDS verfrüht. Vorerst bleibt die PDS eine relevante Partei – allein nach ihrer Mitgliederzahl rangiert sie derzeit bundesweit auf dem vierten Platz nach SPD, CDU und CSU. In ihrer Chemnitzer Dissertation, entstanden bei Eckhard Jesse, konzentriert sich Viola Neu auf zwei Fragen. Erstens: Wer wählt warum PDS? Zweitens: Wie stark oder schwach sind extremistische Verhaltensweisen, Positionen und Einstellungen in der PDS und bei ihren Wählern?

Auf Grundlage auch unveröffentlichter Umfragen bestätigt Neu zunächst zentrale Erkenntnisse über die PDS-Wähler: Während der Arbeiteranteil in der (ostdeutschen) PDS-Wählerschaft immer noch unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt, rangiert der Anteil der (leitenden) Angestellten bei PDS-Wählern über dem Durchschnitt. Anders als der Altersdurchschnitt der »grauen« PDS-Mitglieder, die besonders betagt sind, entspricht der Altersdurchschnitt der PDS-Wähler fast dem der Gesamtbevölkerung – abgesehen vom hohen Anteil junger Frauen in der PDS-Wählerschaft. Gemessen an der Altersstruktur ihrer Wähler kann die PDS mit gutem Grund behaupten, eine Volkspartei zu sein. Das formale Bildungsniveau der PDS-Wähler übersteigt jenes der Gesamtbevölkerung. Dagegen ähnelt das durchschnittliche Haushalts-Nettoeinkommen der PDS-Wähler jenem des Bevölkerungsdurchschnitts. Die PDS-Wähler empfinden sich besonders deutlich als zumindest immaterielle Verlierer der deutschen Vereinigung, weil sie zum Beispiel Statusverluste erlitten haben.

Interessant auch, was Viola Neu über das Image der PDS in der ostdeutschen Bevölkerung präsentiert, also das PDS-Image auch jenseits der PDS-Wähler – hier zeigt sich das »Janusgesicht« der PDS besonders klar. So hält eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen die PDS sowohl für eine normale demokratische Partei (PDS-Wähler: 94%) als auch für eine kommunistische Kraft (PDS-Wähler: 41%). 62% der Ostdeutschen meinen, die anderen Parteien sollten mit der PDS zusammenarbeiten (PDS-Wähler: 99%), was auch immer damit genau gemeint sein mag – Kooperation mit der PDS auch in Koalitionen? Gemessen an innerparteilichen Wahlergebnissen verfügen, so Neu, offen prosozialistische Kräfte in der PDS über erheblichen Einfluss: Allein die Kommunistische Plattform erhält von einem Drittel der PDS-Bundesdelegierten Rückhalt; auch der PDS-Bundesvorsitzende Lothar Bisky äußert, er freue sich über das Engagement der Kommunistischen Plattform.

Abschließend begibt sich Neu auf ein kaum beackertes Feld, in eine terra incognita, indem sie versucht, auf der Basis ihrer

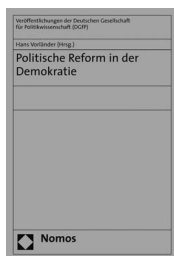
(normativen) Extremismus-Definition, jene Einstellungen in der Bevölkerung empirisch nachzuweisen, die sowohl Rechts- als auch Linksextremisten in sich tragen. Denn Rechts- und Linksextremisten trennen »Rechts-Links«-Unterschiede, teilen aber auch extremistische Gemeinsamkeiten: Je nach Perspektive unterscheiden oder ähneln sich Rechts- und Linksextremisten, wie beide Begriffe schon andeuten. Die empirischen Untersuchungen von Neu offenbaren einige extremistische Einstellungsmuster, die sich qualitativ oder zumindest quantitativ von Einstellungsmustern anderer Wähler separieren lassen. So finden sich sowohl bei Anhängern der PDS als auch rechtsextremer Parteien besonders starker Antiamerikanismus und massive Elitenkritik; ebenfalls eine besonders starke Neigung, Verschwörungstheorien zu folgen (Beispiel: »Medien sind manipuliert«). Beide Potentiale rufen besonders häufig nach einem »starken Mann«. Auch bei einem erheblichen Teil rechtsextremer Parteianhänger (und in rechtsextremen Parteiprogrammen) lässt sich eine starke Kapitalismuskritik diagnostizieren, wofür es bekanntlich historische Vorläufer gibt. Die

Aussage allerdings, Ausländer und Asylanten ruinierten Deutschland, bejahen 54% der rechtsextremen Parteianhänger und 26% der PDS-Anhänger (die PDS-Anhänger rangieren mit diesen 26% immerhin aber auf Platz 2 aller relevanten Parteianhänger).

Über die weiteren Chancen der PDS, bei Wahlen zu reüssieren, bemerkt Neu: »PDS-Wähler haben ein fast geschlossenes sozialistisches Weltbild. Doch sind sie damit keine isolierte Minderheit. Sie sind nur diejenigen, die die PDS wählen, während die anderen, die das gleiche Weltbild haben, sich für andere Parteien entscheiden.« Hier liegt ein fruchtbares Feld für weitere PDS-Erfolge – nicht mehr, nicht weniger. In ihrer methodisch versierten Arbeit gelingt es Viola Neu, eine auch gemeinsame Extremismusbasis von Links- und Rechtsextremisten empirisch zu belegen. Gerade darin liegt der innovative Ansatz ihrer Studie – bereits bei Friedrich Dürrenmatt (in: Der Richter und sein Henker) heißt es: »Es ist immer atemberaubend, einem Schlagwort in der Wirklichkeit zu begegnen.«

Harald Bergsdorf

Reformstau oder Strukturprobleme?



Politische Reform in der Demokratie

Herausgegeben von Prof. Dr. Hans Vorländer, TU Dresden
2005, Band 22, 159 S., brosch., 19,- €, ISBN 3-8329-1277-0

In der Bundesrepublik Deutschland wird immer wieder ein »Reformstau« beklagt. Der vorliegende Band versammelt Beiträge namhafter Politikwissenschaftler, die den hinderreichen Weg politischer Reformen historisch und vergleichend analysieren. Das Buch ist zugleich ein Beitrag zu Demokratietheorie und Staatstätigkeitsforschung.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder bei:

Nomos Verlagsgesellschaft | 76520 Baden-Baden
Tel. 072 21/21 04-37 | Fax -43 | vertrieb@nomos.de



Nomos